



1. Mai: Die Republik braucht Streik!

30.000 Entlassungen bei VW, 10.000 erwartete bei Opel,

deutliche Ansagen von Zetsche, Milliarden-Strafzahlungen (die mit Sicherheit nicht von den kriminellen Vorständen bezahlt werden), Ansagen der Werkleitung bezüglich massenhafter Fremdvergaben (Achtung: Im Mai wird die Werkleitung erste Zahlen auf den Tisch legen. Da heißt es reagieren!)

18,3 Millionen, das sind rund 59% aller Arbeitsplätze in diesem Land, sollen durch Automatisierung entfallen

Unermesslicher Reichtum von uns erarbeitet und dennoch (besser deshalb) immer mehr Armut (die Arbeiterkammer stellt fest, dass sich die Zahl der Einkommensmillionäre in Bremen von 2010 bis 2015 von 160 mehr als verdoppelt hat. Das reichste 1 Prozent in Deutschland hat sich 33% des von uns erarbeiteten Vermögens unter den Nagel gerissen)

Die Welt ist reich. Nicht nur die jetzigen 7 Milliarden Menschen, sondern sogar 12 Mrd. könnten ernährt werden. Trotzdem stirbt alle 3 Sekunden ein Mensch (alle 10 Sekunden ein Kind) an Unterernährung. Eine Handvoll Milliardäre (das reichste Prozent) besitzt mehr, als die restlichen 99% der Weltbevölkerung. Über 60 Millionen sind auf der Flucht vor Hunger, Barbarei und Krieg...

Grund genug, die Faust nicht nur in der Tasche zu ballen, sondern sich zusammen zu schließen, den Kampf aufzunehmen und den Streik vorzubereiten. Grund genug, auch am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, auf die Straße zu gehen. Es geht nicht um die Sonntagsreden des DGB, es geht darum, unsere Gewerkschaften endlich zu Kampforganisationen zu machen, die den Streik organisieren.

KOMMT ZUR DEMONSTRATION DES DGB und beteiligt Euch an unserem Block!

1. Mai, 10.15 Uhr am Parkplatz Weserstadion

Sofortige Aufhebung der Schandverträge der IG Metall über 48 Monate Leih- und Zwangsarbeit!*

1. **Dieser Vorstand der IG Metall ist abzusetzen!**
2. **Die Betriebsräte, die für eine entsprechende Betriebsvereinbarung die Hand heben, sind abzuwählen und dürfen keine Stimme bei den nächsten BR-Wahlen kriegen!**
3. **Sofortige Übernahme aller Leiharbeiter!**
4. **Sofortige Organisation des Streiks in jedem Betrieb. Dadurch: Streik in der ganzen Republik!**

In jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, in jeder Versammlung: Kämpft für die Durchsetzung dieser Forderungen!

*Die IGM hat mit Gesamtmetall vereinbart, dass durch eine Betriebsvereinbarung die gesetzliche Höchstüberlassungsdauer von Leiharbeitern an einen Betrieb von 18 auf 48 Monate und mehr erhöht werden kann. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe des Funken.



Quo vadis IGM? [Wohin gehst du, IGM?]

„Wir lassen uns hier nicht die Themen diktieren“ - Zitat Volker Stahmann auf der letzten Delegiertenversammlung der IGM Bremen. Kurz zur Aufklärung: Die Delegierten der IGM, darunter die, die wir hier aus unseren Reihen gewählt haben, haben die Aufgabe die Politik der IGM Bremen zu bestimmen oder unfeiner ausgedrückt dem, von ihnen gewählten Ortsvorstand die Themen zu diktieren. Die Aussage von Volker Stahmann bezog sich auf einen Antrag, dass die IGM Delegiertenversammlung sich mit den neusten Gesetzen und Verordnungen zum Katastrophenschutz, dem Integrationsgesetz, bzw. dem Weißbuch der Bundeswehr beschäftigen soll.

Warum? Diese Neuerungen richten sich im hohem Maße gegen uns Arbeiter. Von der Arbeitspflicht, über den möglichen Bundeswehreininsatz gegen Streikende, bis hin zur Zwangsarbeit für 80 Cent die Stunde.

Letztes Jahr hat die Bundesregierung eine Konzeption zur zivilen Verteidigung verabschiedet, die durch die BILD mehr bekannt wurde für ihre Vorgaben, wie viel Konservendosen und Trinkwasservorräte jeder Bürger horten soll. Das ist aber der uninteressanteste Punkt. Wichtiger sind solche Aussagen wie: „Das Gesetz ermächtigt die Bundesagentur für Arbeit dazu: - das Recht der Arbeitsvertragsparteien zu beschränken, Arbeitsverhältnisse zu beenden, sowie - Personen in Arbeitsverhältnisse zu verpflichten.“ (Quelle: Bundesministerium des Innern, Konzeption Zivile Verteidigung, 24.08.16, Seite 59). Die gilt für den Spannungs- oder Verteidigungsfall, soll aber auf „bestimmte Krisenlagen“ ausgeweitet werden (Quelle; siehe oben). Eine „Krisenlage“ wird hierzulande schon ausgerufen, wenn ein Mobbing-Opfer durchdreht und bewaffnet in ein Einkaufszentrum stürmt. Ganz bestimmt aber auch, wenn spontan mehrere Belegschaften in den Streik treten o.ä..

Dazu passen die Ausführungen im Weißbuch der Bundeswehr, in dem nicht nur die Rede ist vom Einsatz der Bundeswehr überall in der Welt, sondern auch in Krisen- und Notsituationen im Inland, z.B. zur Unterstützung der Polizei (was auch jüngst in Bremen geprobt wurde).

Dass gewisse Hauptamtliche der IGM, denen wir durch unsere Mitgliedsbeiträge ein Gehalt bezahlen, von dem wir selber nur träumen können, weit weg von dem Gedanken

an Streiks, eine Arbeiterbewegung, die sich bewegt und deswegen ein hohes Interesse an einer Demokratie hat – ist klar. Unsere Urgroßväter haben dies am eigenem Leib erfahren und teilweise mit dem Leben bezahlt, als z.B. zur Zeit der Weimarer Republik die Reichswehr gegen Streikende eingesetzt wurde. Wo das geendet hat, wissen wir. Dass die Herren aus Staat und Wirtschaft sich heute wieder auf ähnliche Auseinandersetzungen vorbereiten, sollte eine IGM daher sehr interessieren. Der Großteil der IGM-Delegierten, also auch unsere von Mercedes, sind aber nicht bereit sich wenigstens über solche Themen zu informieren. Der erste Bevollmächtigte empfiehlt Ablehnung – die große Mehrheit der Delegierten hebt brav die Pfote.

Aber Kollegen, es hilft nicht über die IGM zu meckern oder gar auszutreten. Es wird Zeit, dass wir, die Mitglieder der IGM, um unsere Gewerkschaft kämpfen. Die Zeit der Gleichgültigkeit ist vorbei, Taten sind gefragt. Dazu gehört z.B. am 1. Mai auf die Straße zu gehen und Haltung auf der DGB-Demonstration zu zeigen. Was ist die Antwort auf die Zerstörung der Demokratie, Ausweitung von Leih- und Werksvertragsarbeit, Kinderarmut und Krieg? Die Republik braucht Streik!

Integrationsgesetz zeigt erste Auswirkungen!

Das bayrische Sozialministerium droht in einem Schreiben vom 6.3.2017 allen in der Asylsozialberatung tätigen Organisationen mit dem Entzug der finanziellen Förderung, sollten sie die Geflüchteten über legale Rechtsmittel beraten. Hier versucht die bayrische Staatsmacht sich das Integrationsgesetz zu Eigen zu machen. Hilfsangebote ja, aber nur für freiwillige Rückkehr oder Weiterwanderung in andere Länder. Dass Sozialarbeiter keine Abschiebehelfer sind, sondern sie haben umfassend und ausgewogen zu informieren, interessiert das bayrische Sozialministerium einen Dreck. Hier wird das sog. Bundesintegrations-Gesetz umgesetzt, dessen Umsetzung und Auswirkung auf Flüchtlinge, Asylsuchende und uns selbst, kaum innerhalb unserer IG Metall Gewerkschaft Beachtung findet. Hier verstößt unsere IG Metall Bremen gegen die eigene Satzung und unterwirft uns der Staatswillkür.

Wirtschaftssenator Martin Günthner in der Betriebsrats-Sitzung

Oh, wer kommt denn da so fünf Monate vor der Bundestagswahl in die Sitzung unseres Betriebsrats? Der Wirtschaftssenator des ärmsten Bundeslandes der Republik, mit den meisten Leiharbeitsfirmen (aber Armut fällt ja nicht in sein Ressort). Viel lieber spricht er über die Ziele der

Bundes-SPD. Mit aller Macht versucht diese den Eindruck zu erwecken, sie würde ihre „Fehler“ aus der Schröder-Ära korrigieren wollen. Also Agenda 2010 / Hartz-Gesetze. Wenn wir sie nur wählen. Dabei versucht sie aber nicht mal in Worten den Kern dieser Maßnahmen gegen die Arbei-

terklasse auch nur anzutasten. Aber, glauben die denn, dass die Arbeiter so blöd sind, noch mal Hoffnung in die SPD zu setzen und darauf, dass Wahlen etwas ändern können? Was meint ihr? (Meinungen oder auch Leserbriefe bitte an die Mail-Adresse im Impressum).

Leserbrief im WESER KURIER zur Liquidierung des GHB

Es ist schon ein Skandal ohnegleichen, wie hier in konzertierter Aktion von Wirtschaft und Politik der Gesamthafenbetrieb (GHB) vor aller Augen liquidiert wird. Mitwirkende dieses Schmierentheaters: Die BLG, ein GHB-Geschäftsführer, der seine Karriere bei der Hamburger DKP mit der als Schlächter des GHB tauschte, die Bremer

Sozialdemokratie in Person des Wirtschaftssenators, Konzerne, wie Daimler und Tchibo, die Arbeiten an die BLG fremdvergeben und wieder mal die Preise drücken. Die BLG ihrerseits ersetzt die Hafendarbeiter des GHB durch Tagelöhner, durch rechtlose Leiharbeiter. Der sozialdemokratische (!) Wirtschaftssenator Günthner und Aufsichtsratsvorsitzender der BLG, lässt verkünden: „Bremen als Eigentümer hat ein Interesse daran, dass die BLG wirtschaftlich arbeitet“ und macht sich somit schuldig an der Vernichtung von 600 Arbeitsplätzen zugunsten der Tagelöhner. Gleichzeitig touren seine Kumpane Nahles und Schultz durch die Lande, um den Menschen vorzugaukeln, den „Missbrauch“ von Leiharbeit und Werkverträgen einzudämmen. Leiharbeit und Werkverträge sind per se Missbrauch, besser: Zuhälterei und sie gehören verboten! Der GHB wurde genau deshalb 1950 ins Leben gerufen, um die Tagelöhner und eben diesen Missbrauch zu verhindern. Recht hatten die Kollegen von Mercedes, als sie gegen Fremdvergabe und Leiharbeit gestreikt haben. Der Streik gegen die jetzt hier begangenen Verbrechen an den GHB-Kollegen wäre die einzig richtige Antwort.

Gerhard Kupfer im Namen von 25 Betriebsräten und Vertrauensleuten des Bremer Mercedes-Werkes

Stellungnahme zum Urteil des Landesarbeitsgerichts Bremen zum Streik bei Mercedes vom 9. März 2017

Ein weiteres Mal verweigert sich ein Gericht, die bisherige reaktionäre Rechtsprechung in der Frage des Streikrechts auch nur anzutasten: Wieder wird mit formalen, „prozessualen Gründen“ (so das LAG) eine „sicherlich hochspannende Frage“ (LAG) zielsicher umschifft. Wer will sich schon die Karriere versauen, in einer Zeit, da das Streikrecht, da Arbeitnehmerrechte in diesem Land und in ganz Europa täglich geschliffen werden, in denen die Rechtlosigkeit des Leih-, besser: Zwangsarbeiters zum millionenfachen Standard geworden ist?

Ob wir enttäuscht seien? Das war die meist gestellte Frage an diesem 9.3. an die Kläger. Dazu sagen wir Folgendes: Enttäuscht war, wer noch immer Illusionen hatte in diese Gerichtsbarkeit. Wäre es immer nach ihr gegangen, hätte es nie in der Geschichte der Arbeiterbewegung einen legalen Streik gegeben. Und keine Gewerkschaften, zumindest nicht solche, wie es sie früher einmal gegeben hat.

Nein, wir haben den gerichtlichen Weg nie als die Lösung gesehen für die „hochspannende Frage“, ob wir notfalls auch ohne Gewerkschaftsauftrag und innerhalb der unsäglichen „Friedenspflicht“ streiken dürfen oder nicht. Arbeiterrechte mussten immer erkämpft werden gegen das

Recht der Fabrikbesitzer. Das Streikrecht wurde erkämpft und wird verteidigt dadurch, dass man es praktiziert. Der Streik ist eines unserer wesentlichsten Mittel der Selbstverteidigung. Dafür werden wir weiter auf allen Ebenen kämpfen. Dazu fordern wir auch die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben dieses Landes auf.

Unser Dank gilt besonders unseren Anwälten, Gabriele Heinecke, Benedikt Hopmann, Reinhold Niernerg und Helmut Platow, sowie all denen, die uns schriftlich ihrer Solidarität versichert haben:

- Der Weltgewerkschaftsbund, im Namen seiner 92 Millionen Mitglieder,
- die englische Eisenbahngewerkschaft RTM,
- Konföderation Autonomer Gewerkschaften Serbiens,
- die KP der Ukraine,
- die französische FNAF – CGT,
- die Baskische Gewerkschaft LAB,
- die Pakistan Labour Federation,
- die PAME aus Griechenland...

Die Sprecher der Kläger, Bremen, 9. März 2017



Von Staus, dem erbärmlichen ÖPNV, Entlassungen zur Zukunft

„Ich will aufs Land, meine Kinder sollen in Ruhe und in der Natur aufwachsen können. Viel zu gefährlich sind die Straßen in der Stadt.“ „Lärm, Gestank und überall Autos, diese Enge halte ich nicht aus.“ „Die Stadt ist viel zu teuer!“ - so oder ähnlich reden und handeln wir. Also träumen wir

ins Grüne zu ziehen, mit dem schicken Benz zur Arbeit, ins Kino, in die Stadt zu fahren. Daraus wird die Teilnahme am täglichen Stau auf den Einfallstraßen oder lange, unbequeme Fahrt im überfüllten Bus mit unsicherer Ankunftszeit.

"Per Tastentipp öffnet sich das Verdeck ... Sonnenstrahlen dringen ins Auto und der Fahrwind kitzelt die Nase... Millionen Cabriofahrer in Deutschland genießen das offene Fahrgefühl." Und Dieter Zetsche schwärmt: "Cabrios bringen viel Fahrgegnuss und Emotionen"

(beides aus Weser Kurier, 9.4.2017)

Das mag stimmen: Jeden Morgen auf dem Arbeitsweg haben wir Emotionen, viele und starke Emotionen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit einer Autofahrt in der Stadt liegt beizeiten weit unter der eines Kettenrauchers auf dem Klapprad. Da soll uns Fahrtwind die Nase kitzeln? Eher stören uns die vielen zermatschten Fliegen auf der Heckscheibe.

In den Städten auf der ganzen Welt kommt der Autoverkehr regelmäßig zum Erliegen - Stau ist das Normale für

uns geworden. Räumlich nicht zu umfahren, weil Ringstraßen und Schleichwege dicht sind. Zeitlich nicht, weil sich "Stoßzeiten" schon über Stunden erstrecken. 1.100.000 Kilometer lang war der hochgerechnete Gesamtstau der BRD in 2016, oder anders: Wir standen letztes Jahr pro Fahrer 50 Stunden im Stau, sieben kostbare Urlaubstage. Der Weser Kurier benennt am 9. April 2017 die Zahl derer, die von außerhalb nach Bremen zur Arbeit pendeln mit 135.000, also 34% der in Bremen Beschäftigten, und steigend. Die 49.000 Auspendler kommen dazu, parken aber woanders. Diejenigen, die hier wohnen und arbeiten, entscheiden sich ebenfalls überwiegend fürs Auto. Der durchschnittliche Arbeitsweg aller Beschäftigten hat sich auf mittlerweile knapp 17 Kilometer erhöht. (Rund 30% des Verkehrsaufkommens im Berufsverkehr Münchens wird auf die Parkplatzsuche zurückgeführt, meldet das Managermagazin am 10.4.2017. Ein Auto bewegt sich durchschnittlich eine gute Stunde am Tag, 23 Stunden steht es also irgendwo herum.)

Aber passen denn noch mehr Autos in die Stadt? Frag doch mal die Kollegen von Müllabfuhr oder Feuerwehr, oder sieh Dich einfach selber um: Wo ist denn der Platz für unsere Kinder geblieben?

Die Meisten von uns kommen mit dem Auto zur Arbeit, weil es eben anders nicht geht. Weil die Anbindung an den ÖPNV so schlecht ist, dass keine Alternative entsteht. Im Gegenteil wird es immer schlimmer: Immer mehr finden sich damit ab mit dem Auto im Stau zu stehen, fahren frü-

her los, werfen sich dann in den Parkplatzkampf und bängen um die Unversehrtheit des Blechs im Parkhaus. Immer noch besser als mit dem überfüllten Bus mehrfach zu spät zu kommen.

Daimler hat kein Interesse, daran etwas zu ändern. Oder lassen sie uns etwa Straßenbahnen bauen? Es ist unser Stress, wie wir pünktlich an die Bänder kommen. Oder aber wir erkennen endlich unsere Aufgabe, eine Produktion zu organisieren, die uns und der Gesellschaft nützt statt schadet.

Die Autoindustrie muss bei Strafe ihres Untergangs ihr Produkt losschlagen. Jeder Hersteller seines. Gewinner im Krieg der Autoindustrie ist derjenige, der sein Kapital am schnellsten und mit ordentlich Profit zurückerobert. Die Maschinen und Anlagen müssen sich so rasch als möglich

amortisieren. Dazu muss das Produkt billig sein und gerade noch gut genug, ein wenig besser oder billiger eben als das der Konkurrenz. Damit steht auch schon ein Verlierer fest: Der Arbeiter in der Autofabrik. Billiger, schneller, besser und mehr? Kennen wir. Und die 30.000 Kollegen auf der Entlassungsliste bei VW, die Tausenden bei Opel und PSA kennen es auch.

Dass das so nicht gut gehen kann mit dem Individualverkehr, sehen wir tagtäglich. Aber die Autoindustrie streut uns Sand in die Augen mit ihren unausgegorenen Utopien vom autonomen Fahren, Elektroantrieb, mit Carsharing und Robottaxen. Wir sollen nicht sehen, dass die Rangierbahnhöfe und Hafengelände längst riesige Autohalden mit hochwertigem, aber unverkäuflichen Schrott geworden sind. Felder werden mit Raps für Biosprit bebaut oder gleich die nächste Autohalde darauf geparkt. 30 % Rabatt auf Neuwagen, 0% Finanzierung, Abwrackprämie, etc. und pp. Die ausgedienten Rostlauben schippen wir millionenfach zusammen mit giftigem Industrieabfall nach Afrika. Wir aber sollen noch billiger noch schneller und noch viel mehr Autos bauen. Lasst uns lieber was Vernünftiges bauen, wir können das. Sie aber und ihr Auto sind

am Ende. Wir wissen es, sie wissen es. Was aber tun sie? Was sollten wir tun?

Fordbett

Es gibt neuerdings ein Babybett, welches mittels Handy-App in einen Fahrsimulator geschaltet werden kann: Es schaukelt wie ein Auto, brummt wie ein Auto und Lichter ahmen eine Fahrt durch die Großstadt nach. Gestresste Eltern müssen also nachts nicht mehr mit dem Baby um die Blocks kurven, damit die Kleinen endlich schlafen. Wir wissen aber nicht, ob ein Parfumspray noch Diesel einspritzt oder wie viele Väter nun beim Baby schlafen um dort von freier Fahrt zu träumen. Was wir aber wissen ist, dass der Max Motor Dream von Ford in Spanien entwickelt wurde und erfolgreich vertrieben wird.



Kommt zu unseren Treffen! Wir treffen uns alle drei Wochen in Gröpelingen, Posener Str. 55, um 14.30 Uhr. Das nächste Treffen findet statt am Samstag, den 6. Mai.

Kampf kostet Geld. Wir haben keine heimlichen und unheimlichen Sponsoren. Es sind einfach Arbeitergroschen, die z.B. die Herausgabe dieses Flugblatts ermöglichen. Nach Auszahlung der „Ergebnisbeteiligung“ darf es durchaus auch das eine oder andere Arbeiter-Scheinchen, die Überweisung oder der Dauerauftrag sein zur Absicherung unseres Kampfes. Unser Konto: **Sparda-Bank Hannover; IBAN: DE37 2509 0500 0101 6379 91; U.Müller; Stichwort: Flugblatt**

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

Kontakt: Jochen Kohrt, H3 (Tel. 90442) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H8, DNS / Gerhard Kupfer / Uwe Müller, H9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H7 / Sascha Heiner, H9 und viele andere (April 2017)

E-Mail-Kontakt: redaktion-funke@gmx.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, IBAN: DE37 2509 0500 0101 6379 91, U. Müller, Stichwort: Flugblatt